

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
Frau Krutwage
Frau Jockheck
Herr Flachmann

Dezernat 5
Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
Amt für Schule, Kommunales Bildungsbüro
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
(Schriftführer)

Öffentliche Sitzung:

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung führt Vorsitzende Frau Weißenfeld Herrn Christian Arendt als neues Mitglied in das Amt ein und verliest die Verpflichtungsformel:
„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Der Verpflichtete bekundet sein Einverständnis mit der Verpflichtungsformel durch Handschlag sowie durch das Unterzeichnen der Verpflichtungserklärung.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 11. Sitzung 2015 des Jugendhilfeausschusses am 02.12.2015

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 02.12.2015 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Herr Hanke verweist auf die schriftlich vorliegende Mitteilung zur Förderung von zwei weiteren Familienzentren.

Frau Voigt informiert über den Umzug des HOTSPOT. Am 05.02.2016 von 15.00 - 18.00 Uhr findet eine „Offene Zeit“ statt. Hierzu lädt Frau Voigt die Mitglieder des JHA herzlich ein.

Herr Lemhoefer verweist auf die ausgelegte Broschüre „Sportpatenschaften“ der Sportjugend Bielefeld.

Herr Potschies verweist auf die ausgelegte Broschüre „Für eine angemessene Finanzierung der Offenen Ganztagschule in der Stadt Bielefeld“.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Aktueller Stand zur Anzahl der allein reisenden männlichen Flüchtlinge / unbegleiteten minderjährige Flüchtlinge in Bielefeld**
(Anfrage der CDU-Fraktion)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2645/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die als Tischvorlage ausgehändigte Beantwortung der Anfrage.

Frau Brinkmann vermisst hinsichtlich der Zusatzfrage eine Einschätzung zur Zuzugsberechtigung.

Beigeordneter Herr Nürnberger kündigt weitere Ausführungen hierzu für eine der nächsten JHA-Sitzungen an. Zurzeit liege eine Antwort noch nicht vor.

Zu Punkt 4 **Anträge**

Zu Punkt 4.1 **Aufstehen gegen rechtsextreme Agitation**
(Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN, CDU-Fraktion)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2672/2014-2020

Frau Esdar erklärt, dass sich die Fraktionen Die Linke und die BfB diesem Antrag angeschlossen haben und somit auch Antragsteller seien.

Herr Langeworth verweist auf einen ähnlich lautenden Antrag, der im Schul- und Sportausschuss mit einer Ergänzung beschlossen wurde, dass auch linksextremistische Gruppen betrachtet werden sollen. Er schlägt vor, auch diesen Antrag entsprechend zu ergänzen.

Frau Henke entgegnet hierzu, dass dieser Antrag aufgrund eines konkreten Anlasses gestellt wurde. Es handele sich nicht um einen grundsätzlichen Antrag. Eventuelle linksextremistische Ereignisse sollen hiermit nicht verknüpft werden. Deshalb spricht sie sich dafür aus, diesen Antrag unverändert zu belassen.

Frau Puffer erklärt für die Jugendverbände und Herr Potschies für die Wohlfahrtsverbände, dass der Antrag von ihnen unterstützt und in den Einrichtungen entsprechende Aufklärungsarbeit geleistet werde.

Vor dem Hintergrund, dass dieser Antrag sich lediglich gegen rechtsextreme Agitation richtet, gibt Herr Bolte zu Protokoll, dass er die Verwaltung in der Verantwortung sehe, sich unabhängig von diesem Antrag um jegliche Art von extremen Veranstaltungen zu kümmern.

Frau Esdar betont, dass dieser Antrag sich konkret gegen die „Schuloffensive“ rechtsextremer Gruppen richte. Insofern gehöre der Linksextremismus nicht in diesen Antrag. Damit könne man sich unabhängig von diesem Antrag im Zusammenhang mit weiteren extremistischen Gesinnungen beschäftigen.

Als Kompromiss schlägt sie vor, in dem Antrag das Wort „jeder“ durch „dieser“ zu ersetzen.

Für die CDU-Fraktion erklärt sich Herr Langeworth mit diesem Kompromissvorschlag einverstanden. Er unterstützt die Ausführungen von Herrn Bolte.

Frau Hennke gibt zu Protokoll, dass sich der Jugendhilfeausschuss bei ähnlichen Aktionen anderer extremistischen Gruppen auch damit zu befassen habe.

Herr Schwarzer befürwortet den Antrag, auch hinsichtlich der vorgeschlagenen Modifikation. Er hält jedoch grundsätzlich eine Begriffsklärung für erforderlich, was unter extremen Sachverhalten zu verstehen ist.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

geänderten Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss bittet vor dem Hintergrund der Ankündigung einer „Schuloffensive“ rechtsextremer Gruppen (vgl. NW-Bericht vom 31.12.2015) auch die am Schulleben Beteiligten Jugendverbände und Träger von OGS gemeinsam mit den am Schulleben Beteiligten (Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, Eltern) sowie die demokratischen Parteien, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um dieser rechtsextremen und rechtspopulistischen Agitation entgegenzuwirken.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5

**Haushaltsplan 2016 für das Amt für Jugend und Familie
-Jugendamt-**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2566/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger gibt einen Überblick über die Vorlage zum Haushaltsplan.

Frau Brinkmann bittet die Verwaltung, folgende Angaben nachzureichen:

- Darstellung der Haushaltsdaten auf Produktebene
- Abschätzung der Gesamtkosten für Flüchtlinge mit einer gesonderten Darstellung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einschließlich Aussagen zur Refinanzierung

Beigeordneter Herr Nürnberger verweist auf eine Gesamtkostenübersicht für den FiPA. Diese könne auch dem JHA zur Verfügung gestellt werden. Hinsichtlich einer differenzierteren Darstellung verweist Herr Epp auf Anlage 2 der Vorlage.

Um über den Haushalt entscheiden zu können, bittet Herr Rüsing die einzelnen Maßnahmen finanziell detailliert darzustellen und diese Darstellung für die Haushaltsberatungen im Vorfeld der nächsten Sitzung nachzureichen.

Unter Hinweis auf Anlage 4 Nr. 1.2 und Anlage 5 Nr. 194/197 stellt Herr Langeworth fest, dass einerseits eingespart werde, andererseits Stellen benötigt werden. Er bittet um eine übersichtliche, perspektivische Darstellung der Auswirkungen auf die Kitas.

Zu Anlage 4 Nr. 1.1 hinsichtlich der Erhöhung der Kindpauschalen bittet Herr Langeworth um Beantwortung der Frage, wie sich die Netto-Mehrbelastung von 825.000 € berechnet.

Zur Schließung der Intensivhorte fragt Herr Langeworth nach, wer diese Maßnahme vorgeschlagen und beschlossen habe. Es sei Konsens gewesen, dass die Intensivhorte wichtig seien. Die CDU könne die Schließung nicht nachvollziehen. Wer übernimmt die pädagogische Betreuung der betroffenen Kinder? Er bittet um eine Anhörung und Stellungnahme der Elternräte.

Zur Schließung des Familienbüros fragt Herr Langeworth nach, wer die Aufgaben künftig übernehme.

Frau Esdar erinnert an den FiPA-Beschluss, wonach der bereits beschlossene Konsolidierungsplan getrennt von den Aufwendungen im Zusammenhang mit Flüchtlingen diskutiert werden soll.

Herr Bolte hält es grundsätzlich für richtig, das Thema Flüchtlinge vor die Klammer zu ziehen. Eine Abschätzung der zu erwartenden Kosten sei schwierig. Deshalb stelle sich die Frage, mit welchen Zahlen gerechnet wurde, um dies im Haushalt darzustellen.

Beigeordneter Herr Nürnberger schlägt in Anlehnung an das Verfahren im SGA vor, auch im JHA konkrete Fragen schriftlich einzureichen, die dann im Unterausschuss und in der Sondersitzung des JHA von der Verwaltung beantwortet werden.

Frau Hennke bittet zu Anlage 6 um Darstellung, wie die Einsparungen erzielt werden können.

Zu Nr. 192 der Konsolidierungsmaßnahmen stellt sie die Frage, wie beim

Familiengericht darauf hingewirkt werden könne, dass mehr private Amtsvormundschaften eingerichtet werden.

Frau Rammert führt aus, dass die Einrichtung von privaten Vormundschaften in anderen Städten bereits vermehrt praktiziert werde.

Herr Epp erläutert hierzu, dass das Jugendamt ehrenamtliche Vormünder für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge unterstütze. Geeignete Interessenten werden beraten, geschult und dem Amtsgericht gezielt für einen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling vorgeschlagen. Die Entscheidung, ob ehrenamtliche oder gesetzliche Vormünder bestellt werden, obliege dann dem Gericht.

Frau Stillger schlägt vor, die ehrenamtliche Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in einem gesonderten Tagesordnungspunkt außerhalb der Haushaltsplanberatungen zu beraten.

Frau Eberlein fragt zu den auf Seite 4 aufgeführten Personalkosten von 2,6 Mio €, ob das ein Beleg dafür sei, dass die Kindpauschalen nicht mehr ausreichen, um die Personalkostensteigerungen aufzufangen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld weist zusammenfassend ebenfalls darauf hin, dass sämtliche Kosten im Zusammenhang mit Flüchtlingen getrennt vom eigentlichen Haushalt dargestellt werden sollen. Zum Verfahren bittet sie darum, weitere Fragen zum Haushalt an die Verwaltung vorab zur nächsten JHA-Sitzung schriftlich einzureichen.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 6

Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW über die „Überörtliche Prüfung Jugend der Stadt Bielefeld im Jahr 2014“

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2500/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld stellt fest, dass schon zahlreiche Empfehlungen der GPA umgesetzt wurden.

Frau Brinkmann bittet um nähere Erläuterung des vorletzten Absatzes auf Seite 2 der Vorlage, auch hinsichtlich der Konsolidierungsmaßnahmen. Zum letzten Satz auf Seite 3 der Vorlage fragt Frau Brinkmann nach dem Stand der Dinge und der Handhabung.

Frau Stillger sieht in LITTLE BIRD ein System, das zur Steuerung der Bedarfszahlen diene. Sie fragt nach, wie das System von den Eltern bewertet werde und schlägt eine Erörterung außerhalb der Haushaltsplanberatungen vor.

Frau Brinkmann unterstützt diesen Vorschlag auf eine gesonderte ausführliche Beratung zu LITTLE BIRD.

Zu den Ausführungen von Frau Stillger entgegnet Beigeordneter Herr Nürnberger, dass mit LITTLE BIRD nicht Bedarfe gesteuert, sondern erhoben werden, um damit die Kita-Landschaft zu steuern. Für die Erhebung der Bedarfe diene der als Tischvorlage ausgehändigte Fragebogen zur Ermittlung des Betreuungsbedarfs.

Frau Rammert fragt, ob der Fragebogen nur deutschsprachig aufgelegt sei. Zu der Abfrage der Wünsche an eine optimale Kita-Öffnungszeit im letzten Absatz schlägt sie vor, dort die Möglichkeit vorzusehen, auch den Wunsch nach flexiblen Betreuungszeiten anzugeben.

Frau Häckel weist darauf hin, dass auf Seite 11 im 4. Absatz des Berichtes der Wert von 15 € zu hoch angesetzt sei. Auf die Zuschüsse zur reinen Jugendverbandsarbeit entfallen nur ca. 8 €.

Zum ersten Satz auf Seite 12 führt sie aus, dass eine Mitgliedschaft nicht erforderlich sei.

Auf Seite 10 des Berichtes sei nachvollziehbar ausgewiesen, dass in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ein starker Personalabbau zu verzeichnen sei.

Für Frau Eberlein ist fraglich, wie das Ziel zu Nr. 3.5 der Vorlage (Verringerung der Zuschüsse im Rahmen der Trägeranteilssubventionierung) erreicht werden könne angesichts der Tarifsteigerungen und der Tatsache, dass die Kindpauschalen nicht mehr auskömmlich sind.

Vorsitzende Frau Weißenfeld formuliert folgende Ziele als Ergebnis der Diskussion:

- die Verwaltung wird gebeten, einen Erfahrungsbericht zu LITTLE BIRD vorzulegen
- Imageverbesserung von LITTLE BIRD, insbesondere bei den Eltern
- Überlegungen zu anderen Abstufungen bei den Betreuungszeiten

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7

Richtlinien zur Vergabe von Projektmitteln im Rahmen des Handlungskonzeptes zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2648/2014-2020

Frau Brinkmann macht für die CDU-Fraktion zu den Richtlinien folgende Angaben:

1. Die Entscheidung über die Vergabe der Projektmittel durch einen „Beirat“ sei rechtlich nicht abgesichert. Nach ihrer Kenntnis haben Beiräte keine Entscheidungsbefugnis, sondern sie sprechen lediglich Empfehlungen aus.

2. Bei der Besetzung des „Beirates“ mit 2 Vertreter/innen der Wohlfahrts- und Jugendverbände als Empfänger der Gelder bestehen große Bedenken.

Frau Esdar hebt das Verfahren wie auch die Zusammensetzung des Beirates positiv hervor. Bei Befangenheit dürften sich die Vertreter/innen der Wohlfahrts- und Jugendverbände, wie im JHA auch, an der Abstimmung nicht beteiligen.

Wegen der rechtlichen Bedenken hinsichtlich des Begriffs „Beiräte“ weist Herr Bolte auf die Möglichkeit hin, für eine Prüfung der Bedenken die Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung zu vertagen. Zur Befangenheit empfiehlt er verpflichtend in die Richtlinien aufzunehmen, dass die Vertreter/innen der Wohlfahrts- und Jugendverbände bei Vorliegen einer Befangenheit nicht an der Abstimmung teilnehmen dürfen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld gibt zu bedenken, dass es sich bei den Vertreter/innen der Wohlfahrts- und Jugendverbände um Mitglieder dieses Ausschusses handelt. Sie nicht in den Beirat aufnehmen zu wollen, würde die Zusammensetzung des JHA infrage stellen. Schließlich gebe es gute Erfahrungen mit der Fachkompetenz in diesem Ausschuss. Zum Thema Befangenheit verweist sie auf die unproblematische Verfahrensweise im JHA.

Herr Onckels lobt die breite Möglichkeit der Antragstellung. Alle Beteiligten wüssten, wie mit Befangenheit umzugehen sei.

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert, dass mit diesen Richtlinien eine schnelle Umsetzung ermöglicht werden solle. Hätten rechtliche Bedenken bestanden, wären die Richtlinien nicht in dieser Form vorgeschlagen worden.

Auch Frau Henneke plädiert dafür, sich das Ziel dieses Beirates vor Augen zu führen, schnelle und transparente Entscheidungen treffen zu können. Sie schlägt vor, hinsichtlich des Antragsvolumens zusätzlich zu der Untergrenze von 5.000 € auch eine Obergrenze von 50.000 € zu setzen. Im Übrigen spricht sie sich dafür aus, die Richtlinien in der vorgeschlagenen Fassung zu belassen.

Herr Langeworth kritisiert die vorgeschlagene Struktur. Bei der Zusammensetzung des Beirates entspreche das Stimmenverhältnis nicht dem des JHA (9 Stimmen Kommunalpolitik, 6 Stimmen Verbände). Der Integrationsrat gehe nicht aus der Kommunalpolitik hervor, sondern sei ein besonderes Gremium. Damit wären die Stimmen aus der Kommunalpolitik in der Minderheit (3:5). Auch die Stimmberechtigung und den Vorsitz des Sozialdezernenten stellt er in Frage. Dies sei sehr bedenklich vor dem Hintergrund der demokratischen Legitimation.

Zum Antragsverfahren bemängelt er, dass das Sozialdezernat im Rahmen der Prüfung der Anträge eine Vorauswahl und in Eilfällen eine Entscheidung ohne den Beirat treffen könne. Statt eines vorgesehenen Mehrheitsbeschlusses sollte in dieser Konstellation ein einstimmiger Beschluss erforderlich sein.

Mit diesen Vorgaben könne die CDU-Fraktion den Richtlinien nicht

zustimmen, da sie die demokratische Legitimation dieses Gremiums infrage stellt.

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert, dass im Rahmen der Prüfung der Anträge lediglich die grundsätzliche Förderfähigkeit geprüft werde. Zu Nr. 4 des Antragsverfahrens schlägt er in Anbetracht der vorangegangenen Diskussion vor, diesen Punkt zu streichen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld schließt sich dem Vorschlag von Beigeordnetem Herrn Nürnberger an, Punkt 4 des Antragsverfahrens zu streichen.

Auch wenn die Projektmittel mit 200.000 € nicht sehr hoch sind, sollte das Rechtsamt aufgrund der rechtlichen Bedenken einer Fraktion die Rechtmäßigkeit der Richtlinien überprüfen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld schlägt daher vor, heute im Grundsatz über die Angelegenheit abzustimmen vorbehaltlich einer rechtlichen Überprüfung der Richtlinien.

Frau Esdar schlägt vor, den Begriff „Beirat“ durch „Vergabegremium“ zu ersetzen.

Für Frau Brinkmann bleiben die rechtlichen Bedenken bestehen. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag in der Form nicht zustimmen. Alternativ schlägt sie vor, dass der Beirat Fördervorschläge macht, die dann dem JHA/SGA zur Entscheidung vorgelegt werden. Eine Abstimmung über diesen Alternativvorschlag führt zu folgendem Ergebnis:

dafür	3 Stimmen
dagegen	11 Stimmen
Enthaltungen	keine
-somit abgelehnt-	

Anschließend lässt Vorsitzende Frau Weißenfeld über die zuvor gemachten folgenden Vorschläge zu den Richtlinien abstimmen:

- das Wort „Beirat“ wird durch „Vergabegremium“ ersetzt
- Nr. 4 des Antragsverfahrens wird ersatzlos gestrichen
- der Beschluss erfolgt vorbehaltlich einer Prüfung der Rechtmäßigkeit der Richtlinien

dafür	11 Stimmen
dagegen	3 Stimmen
Enthaltungen	keine
- somit beschlossen -	

Der Jugendhilfeausschuss fasst unter Berücksichtigung der beschlossenen Ergänzungen folgenden

geänderten Beschluss:

1. Die „Richtlinien zur Vergabe von Projektmitteln im Rahmen des Handlungskonzeptes zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld“ werden in der als Anlage beigefügten Fassung **-unter**

Berücksichtigung folgender Änderungen- beschlossen:
- das Wort „Beiräte“ wird durch das Wort „Vergabegremium“ ersetzt
- Nr. 4 des Antragsverfahrens wird ersatzlos gestrichen

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Richtlinien bekannt zu machen und das Verfahren wie dargelegt abzuwickeln.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den zuständigen politischen Gremien nach Auslaufen der Förderung über die Inanspruchnahme der Mittel und die geförderten Projekte zu berichten.

Der Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt einer Überprüfung der Richtlinien auf ihre Rechtmäßigkeit.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 8

Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Bielefeld für den Zeitraum von 2015 bis 2020

-1. Lesung-

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2640/2014-2020

Herr Epp gibt den Hinweis, dass es sich in dieser Sitzung um die 1. Lesung handelt.

Es sei beabsichtigt, die 2. Lesung und Beschlussfassung zeitgleich mit der Beratung und Beschlussfassung zur Fortschreibung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen einzubringen.

- 1. Lesung -

Zu Punkt 9

Evaluationsergebnisse der Bildungsregion

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2417/2014-2020

Frau Jockheck steht für Nachfragen zur Verfügung.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bekundet Interesse seitens des JHA an der weiteren Entwicklung.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 10 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Herr Epp weist auf die nächsten Sitzungstermine hin:

17.02.2016

15.00 - 16.00 Uhr

Unterausschuss Jugendhilfe

ab 16.00 Uhr

Sondersitzung des JHA

Herr Rüsing erkundigt sich zum Bericht „Lernsommer“.

Herr Epp teilt mit, dass dieser Bericht für die JHA-Sitzung am 02.03.2016
eingeplant sei.

-.-.-

Bielefeld, den 27.01.2016

Weißefeld
(Vorsitzende)

Flachmann
(Schriftführer)